



fonction publique

compact

numéro 15, octobre 2015
paraît 4 fois par an
4^{ème} année

Werte Leserinnen und Leser,

Seit vergangenem 1. Oktober ist die Reform des Dienstrechts also in Kraft. Rund fünf Jahre nach Beginn der Verhandlungen waren die Texte am 24. März 2015 zusammen mit dem für den öffentlichen Dienst erzielten Besoldungsabkommen in der Abgeordnetenkammer gutgeheißen worden.

Dass offensichtlich nicht alle Bestimmungen des Reformpakets in sämtlichen Bereichen des öffentlichen Dienstes sofort Anwendung fanden, weiß auch die CGFP. Dem Vernehmen nach scheinen sich insbesondere bestimmte öffentliche Einrichtungen („établissements publics“) mit der Umsetzung gerade der für die Bediensteten vorteilhaften Regelungen wie beispielsweise den mit der Reform nach einem Automatismus zu erfolgenden Beförderungen schwer zu tun. Aus diesem Grunde hat die CGFP dann auch einen eindringlichen Appell an ihre Fachverbände gerichtet, sie unverzüglich über festgestellte Mängel und Versäumnisse zu informieren, damit sie einen entsprechenden Katalog aufstellen und zu gegebenem Zeitpunkt an zuständiger Stelle vorsprechen könne. Die Umsetzung der Dienstrechtsreform war nicht zuletzt auch Gegenstand der jüngsten CGFP-Sozialrentrée, über die „fonction publique compact“ ausführlich auf Seite 3 berichtet.

Weitere Themen in dieser Ausgabe sind eine erste CGFP-Reaktion auf den Vorentwurf zur Reform des Nationalitätengesetzes, die großangelegte Protestaktion gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA, ein Gespräch mit dem für Soziale Sicherheit zuständigen Minister Romain Schneider im Hinblick auf die Reform der Pflegeversicherung, das von Erfolg gekrönte CGFP-Entwicklungshilfeprojekt „Bonjour Bébé!“ zur Unterstützung von werdenden Müttern im westafrikanischen Togo sowie die im Beisein von Außenminister Jean Asselborn in Brüssel stattgefundene CESI-Veranstaltung mit Namen cesi@noon, in deren Mittelpunkt diesmal die neuen Herausforderungen des öffentlichen Dienstes mit Blick auf die zunehmenden Migrationsströme standen.

Über Ihr Feedback würden wir uns im Übrigen sehr freuen. Doch zunächst möchten wir Ihnen viel Vergnügen beim Lesen der neuesten Ausgabe von „fonction publique compact“ wünschen.

Steve Heiliger,
Chefredakteur

steve.heiliger@cgfp.lu

Die CGFP zur Reform der Staatsbürgerschaft

Dass die Regierung ihren Vorentwurf zur Reform des Einbürgerungsgesetzes gerade jetzt, nur kurze Zeit nach dem auf Landesebene gänzlich gescheiterten Referendum zur Einführung des Wahlrechts für Nicht-Luxemburger, vorlegt, wird bei der CGFP in einer ersten Reaktion mit Befremden zur Kenntnis genommen.

Dass die Zugangsbestimmungen zur luxemburgischen Staatsbürgerschaft im Vergleich zur bestehenden Regelung etwas gelockert werden sollen, kann die CGFP noch zum Teil nachvollziehen, hat sie sich doch auch in der Referendumsfrage um die Teilnahme an den Parlamentswahlen für den Weg der doppelten Staatsbürgerschaft ausgesprochen.

So drängt die CGFP beispielsweise darauf, dass Sprachkenntnisse in Luxemburgisch nach wie vor als nicht zu unterschätzendes Zuerkennungskriterium gelten müssen. Die CGFP rät jedenfalls davon ab, das derzeit geforderte Niveau der Sprachkompetenzen noch zusätzlich senken zu wollen. Auch mit Ausnahmeregelungen sollte äußerst behutsam umgegangen werden, fordert die CGFP.

Das sogenannte Bodenrecht bleibt für die CGFP zumindest in der jetzt vorgelegten Form völlig inakzeptabel. Es könne jedenfalls nicht sein, dass Kinder von Nicht-Luxemburgern, die hierzulande geboren würden, Luxemburg gleich nach der Geburt wieder verlassen, zwölf Monate vor ihrem 18. Lebensjahr nach Luxemburg zurückkehren und dann bei Erreichen der Volljährigkeit automatisch die luxemburgische Staatsbürgerschaft erhalten würden. Mit einer Integrationsmaßnahme habe eine solche Regelung sicherlich nicht allzu viel gemein, heißt es zur Begründung.

Die Residenzdauer sollte laut CGFP, auch was das mögliche Bodenrecht betrifft, „auf einem vernünftigen Niveau“ gehalten werden. Mit den vorgeschlagenen fünf Aufenthaltsjahren könnte sich die CGFP einverstanden erklären, vorausgesetzt, der Antragsteller habe diese Zeitspanne ohne Unterbrechung im Großherzogtum verbracht. Letztlich gehe es darum, Nicht-Luxemburgern die Möglichkeit auf eine bestmögliche Integration zu bieten. Und die vollziehe sich nun einmal nicht von einem Tag auf den anderen. Bei der Erlangung der luxemburgischen Staatsbürgerschaft durch Eheschließung müsse indes sichergestellt werden, dass es nicht erneut – wie in der Vergangenheit – zu Scheinehen komme.

Insgesamt spricht sich die CGFP mit aller Entschlossenheit für eine strikte Trennung zwischen der Einwanderungs- und Asylpolitik einerseits und den Einbürgerungsbestimmungen andererseits aus. Dass der öffentliche Dienst den Asylbewerbern gut gesinnt sei, habe er gerade in jüngster Vergangenheit, nicht zuletzt durch die Bereitschaft zahlreicher aktiver und pensionierter Beamter, sich in den Dienst der Asylanten zu stellen, gleich mehrfach unter Beweis gestellt.

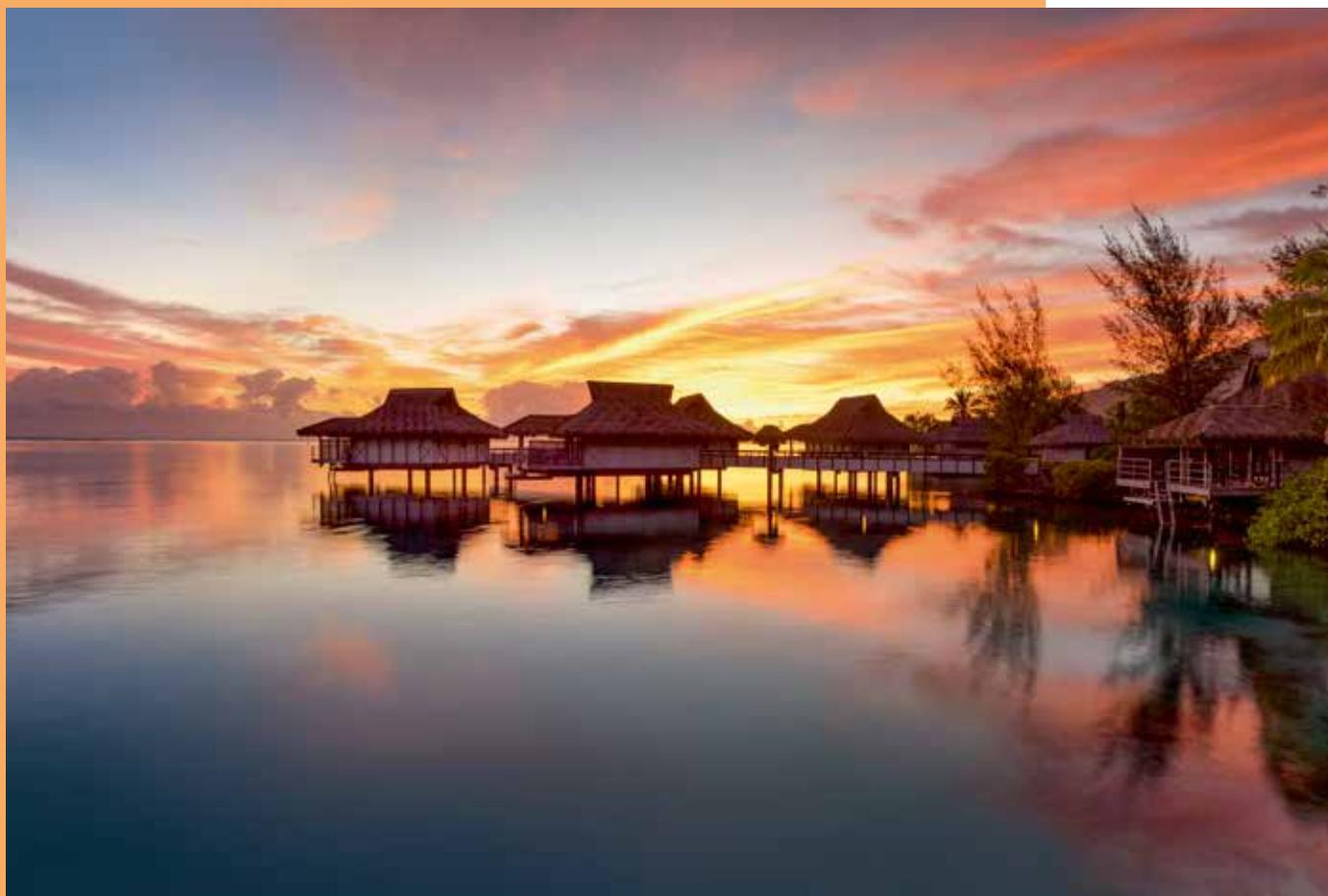
PERIODIQUE



LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

Port payé
PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Rentrée sociale bei der CGFP

Der Vorentwurf zur Reform des Einbürgerungsgesetzes war eines der zentralen Themen bei der diesjährigen Rentrée sociale der CGFP, zu welcher der CGFP-Nationalvorstand am Montag, dem 26. Oktober 2015, am CGFP-Gewerkschaftssitz in Luxemburg-Merl zusammentrat.

Begrüßt wurde in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die Regierung erst einmal einen Vorentwurf zu dieser so wichtigen Frage vorlege, der Spielraum für Diskussionen und Nachbesserungen zulasse. Dass Teile der Vorlage in der Tat verbesserungswürdig seien, darin stimmten die Delegierten der CGFP-Fachverbände überein. Nachbesserungsbedarf gebe es insbesondere in der Frage rund um die Sprachkenntnisse in Luxemburgisch, wobei sich der CGFP-Nationalvorstand in aller Deutlichkeit gegen eine weitere Lockerung der derzeitigen Bedingungen aussprach. So könne es beispielsweise nicht sein, dass das Niveau der Sprachkompetenzen ausgerechnet beim Verstehen des Luxemburgischen von derzeit B1 auf künftig A2 gesenkt würde, eine Stufe, bei der es laut Definition ausreiche, „isolierte Sätze“ und „häufig benutzte Wendungen aus dem täglichen Leben“ zu kennen.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes sieht sich die CGFP nach der Vorstellung der Eckwerte der Haushaltsvorlage für das Jahr 2016 bestätigt in ihrer Vorhersage, dass sich die Situation deutlich verbessert habe. Aufgrund der positiven Entwicklung hätte man sich erwartet, dass die eine oder andere Sparmaßnahme wie beispielsweise die einseitig zu Lasten der privaten Haushalte eingeführte Zukunftssteuer von 0,5 Prozent vorzeitig aufgelöst worden wäre. Positiv gewertet wurde indes die Ankündigung, die Investitionen auf hohem Niveau zu halten, um so die Wirtschaft weiter anzukurbeln. Für den Fall, dass die Regierung eine zusätzliche Anleihe – die Rede geht von 1,5 Mrd. Euro – aufnehmen müsste, spricht sich die CGFP dafür aus, der Bevölkerung – wie in

der Vergangenheit geschehen – die Möglichkeit zu geben, Ersparnisse zu einem fest zugesicherten Ertrag bereitzustellen.

Dass der Bekämpfung der Steuerhinterziehung künftig ein größeres Augenmerk zukommen soll, kann auf CGFP-Seite nur begrüßt werden. Wenn aufgrund von Versäumnissen Einkünfte aus den vergangenen Jahren nachträglich besteuert würden, müsse dies aber auch zu dem üblichen und nicht – wie im benachbarten Ausland geschehen – zu einem begünstigten Satz erfolgen. Insgesamt erwartet sich die CGFP von der für das Jahr 2017 angekündigten

werden, dass es in der Zukunft aufgrund der Alterspyramiden in gewissen Bereichen weiterhin zu Karriereblockaden kommt.

Die CGFP jedenfalls hat einen eindringlichen Appell an ihre Fachverbände gerichtet, sie über mögliche Schwierigkeiten oder Ungereimtheiten bei der Umsetzung zu informieren, damit sie einen entsprechenden Katalog aufstellen und zu gegebenem Zeitpunkt an zuständiger Stelle vorlegen könne.

Bezüglich der Reform der Pflegeversicherung hat die CGFP dem für Soziale Sicherheit zuständigen Minister ihre Ansichten sowohl in einem Schreiben als auch bei einem ausgedehnten Gedankenaustausch unterbreitet. Für die CGFP geht es in erster Linie darum, den Versicherten die Leistungen der Pflegeversicherung in hoher Qualität und in dem notwendigen Umfang langfristig zu zusichern. Auch, so eine weitere CGFP-Forderung, müsse die Vorsorge zur Vermeidung von Pflegesituationen noch verstärkt werden.

Nach der erfolgreichen Protestaktion vom vergangenen 10. Oktober auf der hauptstädtischen Place Clairefontaine gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA wird die CGFP am kommenden 17. November

an einer diesbezüglichen Konferenz auf europäischer Ebene in Brüssel teilnehmen. Die CGFP wird es dabei nicht versäumen, ihre Forderung, sämtliche öffentliche Dienstleistungen aus besagten Abkommen auszugrenzen, mit aller Entschlossenheit zu erneuern.

Die Flüchtlingskrise und die sich daraus ergebenden Herausforderungen an den öffentlichen Dienst standen indes am vergangenen 19. Oktober im Fokus einer Veranstaltung der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) in Brüssel. In Anwesenheit von Außenminister Jean Asselborn als Gastredner wurden unter dem Vorsitz von CESI-Präsident Romain Wolff und im Beisein von CESI-Generalsekretär Klaus Heeger Herangehensweisen zu einem bestmöglichen Umgang mit der Krise erörtert.

s.h.



grundlegenden Steuerreform eine spürbare Entlastung der privaten Haushalte und insbesondere der mittleren Einkommen. Auch erneuerte der CGFP-Nationalvorstand seine Forderung nach einer Anpassung der Steuertabelle an die Inflation.

Mit Blick auf die zum 1. Oktober 2015 in Kraft getretene Reform des Dienstrechts drängt die CGFP nach wie vor auf eine unverzügliche Umsetzung der neuen Bestimmungen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Offensichtlich sollen sich ja bestimmte öffentliche Einrichtungen („établissements publics“) mit der Anwendung gerade der für die Bediensteten vorteilhaften Regelungen schwertun. Dazu gehören beispielsweise die neuen Aufstiegsbestimmungen. Bekanntlich sollen die Beförderungen künftig, über die gesamte Laufbahn betrachtet, nach einem bestimmten Automatismus erfolgen. Dadurch soll verhindert


Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-30
Impression: Saint-Paul Luxembourg s.a.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.
Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.



„Stop TTIP“

2000 Manifestanten drücken ihren Widerstand gegen die geplanten Freihandelsabkommen aus

Am 10. Oktober riefen die 500 Mitgliedsorganisationen der Europäischen Bürgerinitiative „Stop TTIP“ in einer europaweiten Aktion zu Protestveranstaltungen gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA auf, die gegenwärtig ausgehandelt werden. Diese Freihandelsabkommen versprechen, tiefe Einschnitte in die Demokratie und deren Entscheidungsprozesse zu reißen, sowie eine Schwächung der sozialen Standards und Errungenschaften. Standortwettbewerb, Lohndumping, steigende Arbeitslosigkeit, Hormonfleisch und genveränderte Lebensmittel im Supermarkt sind nur einige der Gefahren einer Umsetzung dieser Übereinkommen. Alleine in Berlin gingen am 10. Oktober denn auch 250.000 Menschen aus allen Teilen des Landes auf die Straße, um ihrer Unmut über diese Vorhaben Luft zu machen.

Auch in Luxemburg appellierte die Plattform „Stop TTIP“, der auch die CGFP angehört, an die Bevölkerung, sich gegen diese geplante Schwächung ihrer sozialen Standards und Errungenschaften zu wehren. Rund 2000 Manifestanten folgten diesem Aufruf und versammelten sich auf der hauptstädtischen „Place Clairefontaine“, um ihren Widerstand gegen die geplanten Verträge auszudrücken.

CGFP-Generalsekretär Romain Wolff beklagte in seinem Vortrag vor allem die Geheimniskrämerei, die in den Verhandlungen um all diese Vereinbarungen vorherrsche. TTIP, CETA und TiSA betreffen jeden einzelnen Bürger der EU und dürften nicht hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Das Recht auf Transparenz sei ein zutiefst demokratisches Recht aller Bürger; eine klare und komplette Aufklärung selbiger verhindere darüber hinaus Missverständnisse und Hörensagen.

Die Auswirkungen dieser Abkommen auf das alltägliche Leben könne man leicht am Aspekt des öffentlichen Dienstes veranschaulichen. Obwohl während einer Ver-



handlungsrunde entschieden worden wäre, dass Dienstleistungen von allgemeinem Interesse außen vor gelassen werden sollten, so gelte es besonders, einen Abbau selbiger zu verhindern. Der Liberalisierungsdruck führe zur sicheren Erosion des Umfangs und der Qualität dieser für die Öffentlichkeit so wichtigen Leistungen. Sollte die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen wirklich vorangetrieben werden, ohne die Möglichkeit einer Rückkehr in die öffentliche Hand?

Abgesehen davon, dass ein solches Abkommen, das nur den großen, multinationalen Konzernen zugute komme und sicherlich nicht dem Bäcker oder dem kleinen Lebensmittelgeschäft von nebenan, viele andere Gefahren und Nachteile beinhalte, so dürften Dienstleistungen von allgemeinem Interesse auf keinen Fall Bestandteil davon sein. Gerade diese seien nämlich ein wesentliches Herzstück des europäischen Sozialmodells, das als Grundlage für den sozialen Zusammenhalt in Europa stünde.

Die Bereiche Wasser- und Abfallwirtschaft, die sozialen Dienste und die Gesundheitssysteme müssten (im Falle eines Zustandskommens) ganz klar von den Freihandelsabkommen ausgeschlossen bleiben. Das gelte auch für alle Bereiche der schulischen Bildung, vom Kindesalter bis zur Erwachsenenbildung. Eine durch TTIP verursachte Liberalisierung dieser für die Gesellschaft so elementar wichtigen Dienstleistungen beschleunige die Vermarktung und beeinträchtige die Erschwinglichkeit und Qualität der Bildung. Darüber hinaus setze dies, besonders für benachteiligte Gruppen in der Gesellschaft, den gleichberechtigten Zugang zu diesen Leistungen aufs Spiel. Genau das dürfe jedoch nicht passieren.

Die Plattform „Stop TTIP“ fordert deswegen auch eine sofortige Unterbrechung der Verhandlungen um die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA und eine verstärkte Einbindung und Aufklärung aller beteiligten Parteien.

p.r.



Zuverlässig, vertrauenswürdig, integer, effizient, transparent, dynamisch

Nun wissen wir es also: Die Luxemburger sind sehr zufrieden mit unseren staatlichen Verwaltungen und öffentlichen Diensten. (Siehe untenstehend die Ergebnisse einer von der Regierung veröffentlichten ILRes-Studie.) Die Zahl der zufriedenen Befragten stieg von 77% im Jahre 2008 auf nunmehr 84% an. Befragt wurden 54% Luxemburger und 46% Ausländer.

Was der zuständige Minister diesbezüglich nun verkündete, ist allerdings wahrhaftig keine Sensation und keineswegs eine neue Erkenntnis, und es ist schon gar kein Verdienst von reformwütigen Politikern der letzten Jahre oder von auftragsgierigen Beraterfirmen und weltfremden Bürokraten bei OCDE und IWF in Paris und Washington.

Die Sparpaket-Regierung hätte sich somit die Kosten der Studie durchaus ersparen können. So wie ja ihre Vorgänger uns den ganzen Riesenaufwand einer unsinnigen Bewertungsoffensive gegen die treuen Staatsdiener hätten ersparen müssen. Die vorgeblichen Sorgen der vielen Reformisten erweisen sich als das, was sie von Anfang an waren, als Unfug in Reinkultur.

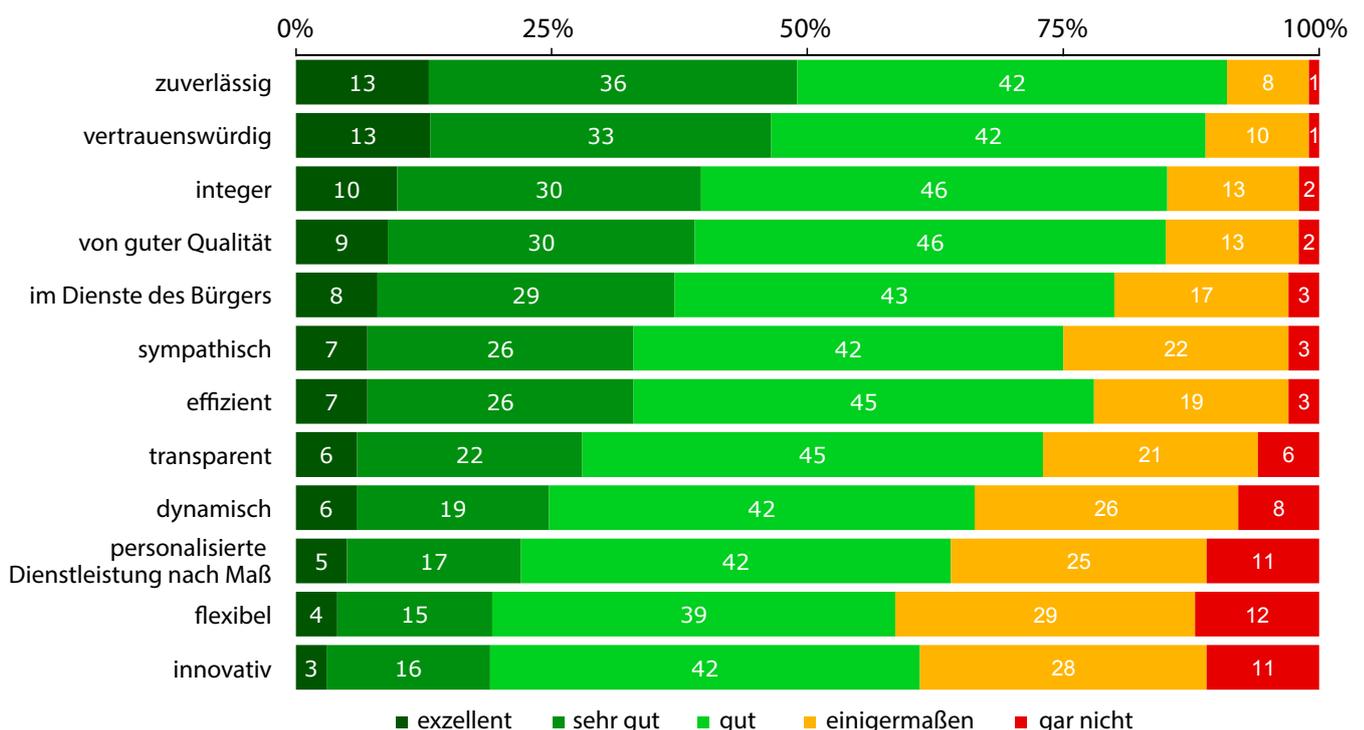
Vor einem halbdutzend Jahren veröffentlichte „fonction publique“ eine EU-weite vergleichende Studie über die Gesamtbewertung der öffentlichen Verwaltungen durch die Bürger der jeweiligen Länder. Aus dieser ging eindeutig hervor, dass Luxemburg einen hervorragenden öffentlichen Dienst hat, so dass das Land sich auch im Ranking der damals 28 EU-Staaten

sehr günstig platzieren konnte. Bezüglich einer „eher guten“ bis „sehr guten“ Meinung lag Luxemburg auf Rang 3, hinter Dänemark und Finnland und weit vor unseren direkten Nachbarländern. Bei einer „eher schlechten“ bis „sehr schlechten“ Meinung hatten wir die zweitgünstigste Quote in Europa, hinter Estland.

Diese eindeutige Studie veröffentlichten wir zu dem Zeitpunkt, wo profilierungssüchtige Politiker die Notwendigkeit einer extrem aufwendigen Individualbewertung der Beamenschaft verkündeten. Die Zahlen belegten eindeutig, dass die Regierung hier ohne irgendeine Notwendigkeit handelte, aus rein politpropagandistischen Erwägungen heraus und somit unter offensichtlicher Missachtung des Allgemeininteresses.

Aus reiner Gefälligkeit gegenüber den Fedil-Agitatoren und der vereinten Front aller hochdotierten Beamtenhasser kündigte man an, den angeblich leistungsschwachen Luxemburger öffentlichen Dienst mit bürokratischen Zensuren und Sanktionen zu disziplinieren. In der Folge mussten die Vertreter des öffentlichen Dienstes dann einen jahrelangen Kampf mit ihrem Dienstherrn führen, um den angepeilten Bewertungsunfug in halbwegs vernünftige Grenzen zu verweisen. Immerhin hat dieses ganze schäbige Polit-Manöver den Beamten und öffentlich Bediensteten nachhaltig in Erinnerung gerufen, dass ein gewerkschaftliches Zusammenstehen notwendig bleibt, wenn die Beamten den Staat gegen die Politiker verteidigen müssen. **P.Z.**

Wahrnehmung der Luxemburger öffentlichen Verwaltung





Kontaktéiert eis an optimiséiert och Dier Är nächst Steiererklärung.

Mir maachen Iech méi sécher.
Votre sécurité nous tient à cœur.
baloise.lu



CGFP 
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél.: +352 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Die Reform der Pflegeversicherung im Mittelpunkt

CGFP-Exekutive traf mit dem Minister für Soziale Sicherheit zusammen

Die Reform der Pflegeversicherung war das Kernthema eines ausgedehnten Meinungsaustauschs der CGFP-Exekutive mit dem für Soziale Sicherheit zuständigen Minister Romain Schneider.

Erinnert wurde dabei daran, dass die CGFP bereits vor der Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1997 eine der treibenden Kräfte war, die auf deren Umsetzung drängte, auch wenn zu dem Zeitpunkt noch Nachbesserungen am System erforderlich waren. Bei der Unterredung mit Minister Romain

Schneider wurde eine strukturelle Reform im Hinblick auf Vereinfachungen im Bereich der Einstufung der Pflegebedürftigen, der Ausweitung der Leistungen, einer stetigen Qualitätsverbesserung, sowohl bei den stationären als auch bei den ambulanten Pflegediensten, bei der Bereitstellung von Hilfsmitteln und Einrichtungen sowie bei der langfristigen Finanzierung diskutiert.

Für die CGFP geht es in erster Linie darum, den Versicherten die Leistungen der Pflegeversicherung in hoher Qualität und in dem notwendigen Umfang langfristig zuzusichern. Es könne jedenfalls nicht das vorrangige Ziel sein, gerade auf diesem Gebiet Geld einsparen zu wollen, hieß es.

Die Regierung plant, die Pflegebedürftigen in Zukunft, je nach ihrem Gesundheitszustand und Pflegegrad, in verschiedene Klassen einzuteilen, die pauschal von der Versicherung abgedeckt werden. Dabei sollen den Pflege-



und Hilfe-Dienstleistern bestimmte Ziele gegenüber ihren „Kunden“ vorgegeben werden. Die CGFP kann sich ganz im Sinne der Betroffenen eine solche Herangehensweise vorstellen, allerdings müssten die vorgegebenen Ziele staatlicherseits kontrolliert werden, hieß es auf Seiten der CGFP, die davon überzeugt ist, dass mit einer solchen Vorgehensweise der Verwaltungsaufwand insgesamt wesentlich verringert werden könne.

Parallel dazu könne eine solche Praxis aber auch zu einer substantiell besseren Sicherstellung der Qualität der fachlich zu leistenden Dienste führen. Da zur Zeit jedoch weder die Anzahl der Klassen, noch die Inhalte oder die zu erreichenden Normen bekannt seien, könne sich die CGFP derzeit noch nicht endgültig zu dieser Frage äußern. Erst einmal müssten von den zuständigen staatlichen Stellen, insbesondere der „Cellule d'évaluation et d'orientation“ (CEO), in Zusammenarbeit

mit den betroffenen Dienstleistern und den Vertretern der Gesundheitskasse wesentliche fachliche Vorarbeiten geleistet werden, speziell im Hinblick auf eine praktisch durchführbare Qualitätskontrolle.

Für den Fall, wo Pflegebedürftige selbst entschieden, gegen Entgelt durch die Pflegeversicherung auf wenig qualifizierte Außenstehende zurückzugreifen, um Hilfestellung bei Tätigkeiten des täglichen Lebens zu geben, müssten diese Personen in Zukunft sozialversichert werden, so dass sie auch aufgrund ihrer diesbezüglichen Tätigkeit Pensionsansprüche geltend machen könnten.

Die Betreuung von schwer behinderten Personen dürfe keinesfalls durch die Bestimmungen der Pflegeversicherung eingeschränkt werden, so eine weitere CGFP-Botschaft. Sowohl die im Rahmen der Pflegeversicherung vorgesehenen Leistungen als auch die darüber hinaus erforderliche Betreuung müssten in Zukunft in vollem Umfang sichergestellt bleiben.

Schließlich, so eine weitere CGFP-Forderung, müsse die Vorsorge zur Vermeidung von Pflegesituationen noch verstärkt werden. Allerdings sei dies nicht die Aufgabe der gesetzlichen Pflegeversicherung. Vielmehr sollte auch diese Art der Prävention verstärkt in ein breit gefächertes Vorsorgeprogramm des Gesundheitsministeriums eingegliedert werden.

Auch erneuerte die CGFP ihre Forderung, dass die „Cellule d'évaluation et d'orientation“ künftig als eigenständige, von der IGSS unabhängige Verwaltung arbeiten müsse. **s.h./C.G.**



Am 29. September eröffneten das „Syndicat National des Enseignants“ (SNE/CGFP) und die „Fédération Générale des Universitaires au Service de l'Etat“ (FEDUSE-Enseignement/CGFP) im Beisein des Unterrichtsministers die 20. Ausgabe der LuxDidac in den Mehrzweckräumen des „Forum Geesseknäppchen“ in Merl. Über einen Zeitraum von drei Tagen präsentierten in- und ausländische Verleger ein mannigfaltiges Angebot von pädagogischem und praxisbezogenem Unterrichtsmaterial für die verschiedenen Lernfächer und Schulstufen, das sich sowohl an Lehrer und Professoren als auch an Eltern und Erzieher richtet. Interessierte konnten darüber hinaus an zahlreichen Workshops und einer Konferenz teilnehmen, um sich mit den neuesten pädagogischen Erkenntnissen und Unterrichtsmethoden vertraut zu machen. (Siehe hierzu auch fp Nr. 241, Seite 17) **p.r.**



CGFP
Website



Immer topaktuell unter www.cgfp.lu



Kinderleben retten im Togo

Als die Verantwortliche der CGFP-Entwicklungsprojekte APARTogo und EAUTogo in Lomé, Marie-France Speck, in ihrem direkten Umfeld, das heißt unter dem Personal unserer dortigen togolesischen Strukturen, miterleben musste, wie lebensgefährlich das Kinderkriegen im Togo ist, entstand 2012 die Idee für das Projekt „Bonjour Bébé!“



Die „Fondation CGFP de Secours“ beschloss unverzüglich, substantielle Finanzmittel aufzubringen, um diese Idee zu einem großen konkreten Projekt auszubauen. Die eingeplanten Kredite des ko-finanzierten Projektes von 243.660€ stammen zu einem Drittel von der „Fondation CGFP de Secours“ (also aus persönlichen Spenden von CGFP-Mitgliedern) und zu zwei Dritteln aus dem staatlichen Entwicklungsfonds.

In den Armenvierteln von Lomé, wo sie tätig sind, kennt heute jeder unsere Hebammen mit ihren kleinen Stadtmotorrädern. Das Vorhaben Bonjour Bébé! wirkt wahre Wunder in einem Land von allgemeiner Armut und ohne Krankenkasse, wo beispielsweise die Diagnose „Kaiserschnitt notwendig“ meistens einem Todesurteil für die Schwangere gleichkommt, weil man nur gegen Vorkasse in eine Klinik aufgenommen wird.

Eine erste Realisationsphase von drei Jahren wurde soeben abgeschlossen.

Vom 1. Oktober 2012 bis zum 30. September 2015 wollten wir 1024

Schwangeren bei der Geburt helfen und ihre Säuglinge die ersten Lebensmonate begleiten. Die angestrebte Zahl der betreuten Personen wurde erreicht und überschritten, ohne dass die vorgesehenen Kredite voll verbraucht wurden. Eindeutig lebensrettend war unser Eingreifen bei mindestens 140 Schwangeren und 150 Neugeborenen.

Anfang September unterzeichneten die Verantwortlichen der „Oeuvre CGFP d'Aide au Développement“ mit dem Entwicklungsminister nun einen neuen Finanzierungsvertrag für eine neue Periode von vier Jahren, von Oktober 2015 bis September 2019, wobei die Tätigkeit noch weiter ausgebaut wird. Waren bisher vier Hebammen im Einsatz, so werden es künftig sechs sein. Die vorgesehenen Kredite sind mit gut 743.000€ veranschlagt, davon rund 247.500€ aus unserer Fondation und 495.500€ aus dem Entwicklungshilfe-Fonds. Da Mme Speck nächstes Jahr nach Luxemburg zurückkehren wird, nach einem 7½-jährigen Aufenthalt in Lomé, musste sie einen lokalen Partner finden, der uns künftig vor Ort hilft, das Projekt weiterzutragen. Dies ist ein seit über 50 Jahren in Lomé bestehendes Waisenheim, die „Pouponnière Sainte Claire“ mit 30 Mitarbeitern.

Das Wirken der „Oeuvre CGFP d'Aide au Développement“ in Togo ist eine sehr konkrete Entwicklungshilfe, wo sich kein Spender die Frage zu stellen braucht, ob seine Hilfe tatsächlich bei den Notdürftigen ankommen wird. Da das neue Projekt aber die finanziellen Reserven der Fondation erschöpfen wird, müssen wir an dieser Stelle an unsere Leser appellieren, erneut Großzügigkeit walten zu lassen.

Vielen herzlichen Dank im Voraus!



Fotos: Steve Heiliger

**Spenden
auch Sie!**

**Unterstützen auch Sie das CGFP-Hilfswerk.
Ihre Spende können Sie auf eines der beiden Konten
der „Fondation CGFP de Secours“ überweisen:**

CCPL: IBAN LU46 1111 0733 4614 0000

BCEE: IBAN LU57 0019 1000 2060 6000

Ihre Spende ist im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen steuerlich absetzbar

Luxemburg als Fairtrade-Land – mehr als bloßes Wunschdenken



Gerade bei öffentlichen Vorhaben wünscht sich Fairtrade Luxemburg eine voluntaristische Einkaufspolitik

„Rund die Hälfte der Menschen, die weltweit hungern, stellen über 70 Prozent der Nahrungsmittel her, die in unseren Ländern verzehrt werden“, rechnet Jean-Louis Zeien, der Vorsitzende von Fairtrade Lëtzebuerg, nüchtern vor und fügt eher bedenklich hinzu: „Wenn sich also Menschen aus Südstaaten, die trotz harter Arbeit ohne Existenzgrundlage sind, auf den Weg nach Europa machen, reicht es sicherlich nicht, sie einfach als Wirtschaftsflüchtlinge zu brandmarken, sondern müssen wir einen Teil der Verantwortung dafür auch bei uns selber suchen.“

In einem Punkt ist sich Jean-Louis Zeien jedenfalls sicher: „Wenn wir sowohl die UN-Ziele als auch die Luxemburger Entwicklungspolitik ernst nehmen, dann dürfen wir keine Existenzgrundlagen durch Billigeinkäufe zerstören und müssen auch insgesamt unsere Wirtschaftspolitik so gestalten, dass sie nachhaltig wird“, sagt er fest entschlossen. Dass sich sonst auf einmal Menschen auf den Weg machten, finde auch hier seine Gründe.

Wenn Luxemburg rund ein Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe bereitstelle und damit als Spitzenreiter in Europa gelte, sei dies im Grunde „eine gute Sache“. Wenn es die Luxemburger Politik „mit diesem einen Prozent“ allerdings ernst nehme, könne es nicht angehen, dass in anderen Politikfeldern gerade das Gegenteil gemacht werde von dem, was eigentlich eine gute Kooperationspolitik auszeichnen müsste. Auf mögliche Ursachen dafür angesprochen, redet Jean-Louis Zeien nicht lange um den heißen Brei herum: Die linke Hand dürfe nicht das Gegenteil tun von dem, was die rechte Hand tue. Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit seien nicht zum Nulltarif zu bekommen.

Gerade unter Luxemburger EU-Ratspräsidentschaft gelte es, die sich uns bietenden Chancen zu nutzen. So werde beispielsweise die neue EU-Handelsstrategie noch vor Jahresende verabschiedet. Hier gelte es, den Ansatz des fairen Handels einzubringen und umzusetzen. „Öffentlicher Einkauf ist auch ein ‚politischer‘ Vorgang, denn es geht um ein glaubwürdiges Zeichen einer fairen Handelspartnerschaft mit den benachteiligten Produzenten in den Ländern des Südens“, zitiert Jean-Louis Zeien einen Beitrag aus der jüngsten Ausgabe der „Fairtrade News“ (vgl. „Fairtrade News“ Nr. 46, September 2015). Wenn heutzutage fair eingekauft werde, dann habe es mit dem Bewusstsein einzelner Politiker oder engagierter Beamter zu tun. Von einer voluntaristischen Einkaufspolitik, die wir eigentlich bräuchten, seien wir in Luxemburg



bedauerlicherweise immer noch Lichtjahre entfernt, auch wenn bereits im Jahre 2003 ein entsprechendes Gesetz gestimmt worden sei, welches das Kriterium des fairen Handels in der nationalen Einkaufspolitik begünstige.

Viel verspricht sich Jean-Louis Zeien indes von einer EU-Richtlinie über öffentliche Ausschreibungen, die bis zum Frühjahr 2016 in nationales Recht umgesetzt werden müsse und das Kriterium des fairen Handels als verbindliche Auflage vorsehe bei Einkäufen, bei denen sich diese Möglichkeit auch anbiete. Diese Richtlinie werde es dem Staat bei entsprechender Umsetzung ermöglichen, auch in Luxemburg künftig nachhaltiger und sozial gerechter einzukaufen. Gleichzeitig vermisst der Fairtrade-Vorsitzende allerdings interne Sensibilisierungsmaßnahmen, um diesbezügliche Indifferenz und Unkenntnis zu überwinden. Auch das sei die Aufgabe einer nationalen Regierung, wenn sie ihre Nachhaltigkeitspolitik ernst nehme, die sie nicht so ohne Weiteres auf Nicht-Regierungsorganisationen oder gemeinnützige Vereinigungen abwälzen könne. Als positives Beispiel mit Nachahmungscharakter nennt Jean-Louis Zeien die Umsetzung in Frankreich eines sogenannten „Plan national pour le développement du commerce équitable“.

Es wäre allerdings auch falsch zu behaupten, dass es in Luxemburg überhaupt keine

Ansätze des fairen Handels gebe, wenn es um öffentliche Einkäufe gehe. Gerade auf kommunaler Ebene stelle seine Organisation eine ständig wachsende Bereitschaft fest, sich nicht nur politisch zum fairen Handel zu bekennen, sondern auch im Tagesgeschäft nach entsprechenden Kriterien zu agieren. Über 20 Gemeinden im Lande zählten heute schon zum erlesenen Kreis der sogenannten Fairtrade-Gemeinden mit entsprechendem Label. Als ein Beispiel unter vielen greift Jean-Louis Zeien die Stadt Luxemburg heraus, die seit geraumer Zeit die Arbeitskleidung für ihre Beschäftigten ausschließlich nach den Kriterien des fairen Handels einkaufe. Ähnlich positive Erfahrungen weiß der Fairtrade-Vorsitzende aus den Bereichen Gastronomie und Schuleinrichtungen zu vermelden. Bemerkenswertes leiste in diesem Zusammenhang auch der dem Bildungsministerium angegliederte Betreiberdienst sämtlicher Schulkantinen im Lande mit Namen Restopolis, der in seiner Einkaufspolitik weitgehend auf fair gehandelte Produkte zurückgreife.

Dass diese lobenswerten Initiativen noch ausbaufähig sind, weiß auch Fairtrade-Präsident Jean-Louis Zeien. „Bemerkenswert wäre es doch, wenn Luxemburg einmal als Fairtrade-Land auftreten könnte“, blickt er optimistisch in die Zukunft. Das allerdings setze die Bereitschaft zu der eben schon erwähnten voluntaristischen Einkaufspolitik voraus. Ein Blick über die Grenzen jedenfalls zeige, dass ein solcher Schritt alles andere als illusorisch sei, sagt Jean-Louis Zeien selbstsicher und kann auch gleich mit einem Beispiel dienen. Hamburg, als Städteland, sei gerade dabei, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Und was in Hamburg und anderswo möglich sei, müsste doch auch im kleinen Luxemburg umsetzbar sein, meint er recht zuversichtlich.

s.h.



Die Flüchtlingskrise im Fokus

„cesi@noon“ im Beisein von Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn

Die neuen Herausforderungen an den öffentlichen Dienst mit Blick auf die zunehmenden Migrationsströme waren das Kernthema der jüngsten Veranstaltung der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften mit Namen cesi@noon, die am vergangenen 19. Oktober Fachredner und ein interessiertes Publikum am Hauptsitz der CESI in Brüssel zusammenführte. Gastredner war Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn, der ebenfalls für Immigrations- und Asylfragen zuständig ist und in dieser Eigenschaft den luxemburgischen EU-Ratsvorsitz in Brüssel vertrat.

Dass die Flüchtlingsströme ein Thema seien, das uns alle betreffe und wohl noch längerfristig beschäftigen werde, meinte in seinem Grußwort CESI-Präsident Romain Wolff. Was zunächst als Herausforderung an den öffentlichen Dienst betrachtet werde, könne sich sehr schnell aber auch als Chance für den öffentlichen Sektor herausstellen, der mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen in Sachen Migrationszüge seine Stärken in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Unterkünfte, Arbeitsmarkt und soziale Dienstleistungen unter Beweis stellen könne.

Dass die rasant zunehmende Flüchtlingswelle den öffentlichen Dienst dennoch vor große Herausforderungen stelle, darin stimmten die Teilnehmer an der CESI-Tagung in Brüssel überein. Die Anzahl der Flüchtlinge werde kaum über Nacht abschwellen, hieß es. Und somit stünden die öffentlichen Dienste unter großem Druck – nicht nur an den EU-Außengrenzen. Insbesondere stelle sich dabei die Frage, wie man der Situation Herr werden und gleichzeitig die Regeln und Grundwerte in unseren Regionen bewahren wolle.

Dass der Ausspruch der Bundeskanzlerin nicht nur Deutschland, sondern darüber hinaus auch die EU gespalten habe, sei nun mal eine Tatsache. Infolgedessen dränge sich nun die Frage auf, ob wir zu mehr Solidarität den Flüchtlingen gegenüber bereit seien oder ob Europa vor einer Zerreißprobe stehe. Da die meisten Zuwanderer aus Syrien kämen, bestehe in der Tat eine hohe Wahrscheinlichkeit der Anerkennung des Flüchtlingsstatus. Ziehe man dann auch noch den Zuzug der Familien in Betracht, verdoppele oder verdreifache sich deren Zahl sehr schnell. Dabei sei die Anzahl dieser Menschen weniger das Entscheidende. Problematisch gestalte sich die Lage insbesondere aufgrund der Unterschiede in den Kulturen.

Viele europäische Regierungen müssten sich heute den Vorwurf gefallen lassen, den öffentlichen Dienst gegen den Rat der Gewerkschaften „tot gespart zu haben“. Personalreserven finde man aber nicht von heute auf morgen. Als eine erste zu ergreifende Maßnahme dränge sich demzufolge



Außenminister Jean Asselborn, als Gastredner bei „cesi@noon“, umgeben von (v.l.n.r.) CESI-Generalsekretär Klaus Heeger, CESI-Präsident Romain Wolff und Ulrich Silberbach, Vorsitzender der Komba / dbb, der deutschen Fachgewerkschaft für Beschäftigte bei den Kommunen

Foto: Steve Heilliger

eine Entfristung der in vielen europäischen Ländern bestehenden befristeten Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst auf. In einer zweiten Phase gelte es dann, vorhandene Fachkräfte zu aktivieren oder pensionierte Kollegen zu reaktivieren, sofern das Beamtenrecht dies zulasse. Vor allen Dingen aber stelle sich die Frage, ob die nationalen Kraftanstrengungen nicht europaweit koordiniert und auch finanziert werden müssten und ob wir nicht eine echte europäische Asylpolitik bräuchten, statt diese Fragen in nationale Zuständigkeiten zu geben.

Neu sei sicherlich auch die Tragweite der derzeitigen Krise mit bisher ungekannten Ausmaßen. Dieser Umstand habe sicherlich auch zu einem höheren Bewusstsein sowohl in der EU als auch in den Nationalstaaten geführt, dass mehr unternommen werden müsse als in der Vergangenheit. Unter Luxemburger Ratspräsidentschaft, der im Übrigen eine „wunderbare Arbeit“ bescheinigt worden ist, sei „ein erster wichtiger Schritt“ gelungen. Nun gelte es, die sogenannten Hotspots zur Registrierung der Flüchtlinge an den Außengrenzen einzurichten und finanzielle Mittel, zum Teil auch aus anderen Haushaltslinien, bereitzustellen, um mit der Krise umzugehen. Dazu gehöre aber auch eine Revision des Dubliner Übereinkommens, wobei ein Vorschlag zur Überarbeitung des Systems der Umsiedlung auf den Tisch komme.

Dass die derzeitige Flüchtlingskrise, wie oben bereits erwähnt, aber nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Chance für Europa und die öffentliche Verwaltung sein könne, stehe außer Frage. Vor dem Hintergrund der Migrationsströme könne Europa nun zeigen, dass es nicht nur Ban-

ken und Staaten retten könne, sondern auch Menschen – Humanismus also als alles verbindende Element unserer Wirtschaft, unserer Währung und unserer Sozialunion.

Auch für Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn müsse „das Übel an der Wurzel“ gepackt werden. Wenn es die Flüchtlingsströme in diesem Ausmaß gebe, dann nur, weil Syrien seit nunmehr bereits vier Jahren unter heftigen Kämpfen leide und es keine Aussicht auf Besserung gebe.

Die Hoffnung, dass der Iran und Saudi Arabien, als Schlüsselländer Syriens, auf einander zuzugingen, habe sich ebenso wenig bewahrheitet wie die mit der jüngsten UN-Vollversammlung verbundene Erwartung einer gezielten Zusammenarbeit zwischen Russland und den USA im Syrien-Konflikt. Erschwert werde die Lage nicht zuletzt durch den Umstand, dass viele Flüchtlinge offensichtlich mehr Vertrauen in die Schlepperbanden hätten als in die Behörden.

Erste Voraussetzung sei aber die Bereitschaft der Betroffenen, den Antrag auf Asyl erst einmal zu stellen. Demnach müsse alles unternommen werden, „um den Menschen die Angst dazu zu nehmen“. Sonst könne es keine Relokalisierung an den Hotspots geben. Und das Schengen-System laufe Gefahr, auf einmal in sich zusammenzubrechen.

Letztendlich gelte es aber auch, die Asylverfahren innerhalb von Europa zu harmonisieren und deren Dauer zu vereinheitlichen. Nur auf diese Weise könne erreicht werden, dass das Flüchtlingsstatus ein europäisches Status werde, mit europäischer Ausrichtung.

s.h.



Mehr IQ für mehr qm!

Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW Berater drüber. Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651

Die CGFP ist der BHW Bausparkpartner im Großherzogtum Luxemburg für den öffentlichen Dienst.



BHW Bausparkasse Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme, L-1468 Luxembourg Kirchberg, www.bhw.lu